

Präsidium verurteilt Gewaltanwendung und Meinungsterror

Schwere Folgen einer hemmungslosen Agitation

Das Präsidium der CDU verurteilt aufs schärfste die Gewaltanwendungen und den Meinungsterror gegen den Frankfurter Oberbürgermeister und stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Walter Wallmann. Es handelt sich offensichtlich um eine geplante und vorbereitete Aktion. Die Frankfurter Ereignisse sind die Folge der hemmungslosen Agitation der IG Metall und von Teilen des DGB und der SPD gegen die Bundesregierung. Die Schläge gegen Walter Wallmann sind der traurige Höhepunkt einer Dauerkampagne der IG Metall und der SPD vom „heißen Herbst“ 1985 zum angekündigten „heißen Frühling“ 1986 mit dem Ziel, die frei gewählte Bundesregierung in einem Dauerwahlkampf für die SPD zu stürzen.

Die CDU fordert die Führung der IG Metall und des DGB auf, dafür Sorge zu tragen,

- daß Gewaltanwendung und physischem und psychischem Terror gegenüber Andersdenkenden und frei gewählten Abgeordneten ein Ende gesetzt wird,
- daß die Falschinformationen und Lügen über die geplante Änderung des § 116 AFG und die damit verbundene Agitation beendet werden.

1. Es gehört zu den wertvollen Traditionen der Demokratie nach den Exzessen der Nazis und der Kommunisten, politische Auseinandersetzungen nicht gegen die Privatsphäre und die Person der po-

HEUTE LESEN SIE

- **DOKUMENTATION**
Das bringt 1986: Weniger Steuern — mehr Wohngeld. Grüner Teil
- **ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**
Nützliches für kalte Tage — Vorstellung von Winterwerbemitteln. Seite 15
- **PARTEI**
Trauer um Helga Wex. Seite 14
- **FLUGBLATT**
Arbeitnehmer laßt euch nicht mißbrauchen. Seite 3

Umfrage: CDU klar vorn

Wenn jetzt Bundestagswahlen wären, bekäme die CDU/CSU 46 (Dezember 45) Prozent der Stimmen, die FDP 6 (6) Prozent, ermittelte EMNID in seiner jüngsten Umfrage. Die SPD sackte um 2 auf 41 Prozent, Grüne stiegen um 1 auf 6 Prozent.

litisch Handelnden zu richten. Die IG Metall und der DGB haben, ohne Proteste von seiten der SPD, schon seit geraumer Zeit damit begonnen, durch psychischen und physischen Terror gegen Personen ihre politischen Ziele durchzusetzen. Demonstrationen vor den Privatwohnungen sog. mißliebiger Politiker und die Schläge gegen Oberbürgermeister Wallmann liegen auf einer Linie.

Mahnwachen, Gewaltanwendung, Meinungsterror können nicht Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Mit diesen Methoden wurde die Weimarer Republik zerstört. In der Demokratie werden Entscheidungen nicht auf der Straße getroffen, sondern im Parlament. Der DGB hat genügend Möglichkeiten, um während der Beratungen über den § 116 des AFG seine Meinung und seine Forderungen zum Ausdruck zu bringen, ohne daß er gegen die Grundsätze des Rechtsstaates und der parlamentarischen Demokratie verstößt.

Gewaltanwendung gegen Andersdenkende gehört leider schon seit geraumer Zeit auch bei den Arbeitskampaufeinandersetzungen zur Demonstrationsregie der IG Metall. Das Spießrutenlaufen Andersdenkender und die Schläge, die arbeitswillige Arbeitnehmer durch Streikposten der IG Metall und der IG Druck erfahren mußten, sind die Schule der Gewalt für die jetzige politische Auseinandersetzung. Mit diesen menschenverachtenden Methoden muß jetzt Schluß sein.

2. Die CDU fordert den DGB auf, zur Sachlichkeit zurückzukehren. Der DGB muß aufhören, durch Falschinformation, Agitation und Hetze das politische Klima in der Bundesrepublik Deutschland zu vergiften. Es geht bei der Neuformulierung des § 116 AFG nicht um das Streikrecht, auch nicht um die Streikfähigkeit der Gewerkschaften. Es geht darum zu verhindern, daß das Geld der Bundesan-

stalt für Arbeit, das vor allem für die Arbeitslosen benötigt wird, als Streikkasse der IG Metall mißbraucht wird.

Raus Stellungnahme ist doppelzünftig

3. Die Reaktion des Kanzlerkandidaten Rau auf die Gewalttätigkeiten gegen Walter Wallmann zeigen, was von seinem Aufruf, den politischen Anstand zu wahren, zu halten ist und wie er sich die Arbeitsteilung für den kommenden Wahlkampf vorstellt: salbungsvolle Versöhnungsrethorik von Rau — aggressive Holzerei seiner Hilfstruppen.

Raus Stellungnahme ist doppelzünftig: Verbal distanziert er sich zwar von den Frankfurter Ausschreitungen, rechtfertigt sie aber, indem er der Bundesregierung die Schuld dafür gibt nach dem Motto: „Der Ermordete ist selbst schuld“. Die Taktik von Rau und der SPD ist klar: Zusammen mit der IG Metall wollen sie durch Lügen über die beabsichtigte Änderung des § 116 AFG das politische Klima anheizen. Durch Sozialdemagogie, die Neid, Mißgunst und Egoismus schürt, wollen sie um des parteipolitischen Vorteils willen die Erfolge der Bundesregierung für die Arbeitnehmer kaputt machen.

4. Wir fordern den DGB auf, die Einheitsgewerkschaft nicht zu gefährden, weil sie auch eine Voraussetzung für den sozialen Frieden ist. 40 % der organisierten Arbeitnehmer haben bei der letzten Bundestagswahl die Union gewählt. Wenn der DGB sich zum offenen Verbündeten der SPD-Opposition machen läßt, spaltet er die Arbeitnehmerschaft und gefährdet den sozialen Frieden. Die CDU ist sich sicher, daß die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes gewalttätige Aktionen verurteilt. Daher fordert die CDU die Führung des DGB auf, unverzüglich geeignete Maßnahmen gegen die Gewalttäter von Frankfurt zu ergreifen.

Zur Sache:

Arbeitnehmer, laßt euch nicht mißbrauchen!

Erst Mahnwachen bei mißliebigen Politikern, Meinungsterror gegen Andersdenkende und Jetzt Schläge und Fußtritte gegen Walter Wallmann. Damit muß jetzt Schluß sein!

Drei Forderungen an den DGB und die IG-Metall:

- 1.** Kehrt zur Sachlichkeit zurück. Falschinformationen, Agitation und Hetze vergiften das politische Klima.
- 2.** Verurteilt nicht nur verbal Gewalttätigkeit, sondern zieht Konsequenzen.
- 3.** Setzt freigewählte Abgeordnete nicht durch Gewalt und Meinungsterror unter Druck. Der DGB hat genügend demokratische und rechtsstaatliche Möglichkeiten, die parlamentarische Willensbildung beim § 116 AFG zu beeinflussen.

Arbeitnehmer – laßt euch nicht täuschen. Es geht bei der Neuformulierung des § 116 AFG nicht

um das Streikrecht, auch nicht um die Streikfähigkeit der Gewerkschaften. Es geht darum, zu verhindern, daß das Geld der Bundesanstalt für Arbeit, das vor allem für die Arbeitslosen benötigt wird, als Streikkasse der IG-Metall benutzt wird.

Arbeitnehmer – laßt euch nicht mißbrauchen. Führende Funktionäre des DGB und der IG-Metall benutzen die Diskussion um den § 116 AFG als Vorwand. In Wirklichkeit geht es ihnen darum, die Bundesregierung in einen Dauerwahlkampf für die SPD zu stürzen.

Arbeitnehmer – urteilt selbst. Hunderttausende neuer Arbeitsplätze, wachsendes Einkommen und stabile Preise, florierende Wirtschaft und solide Finanzen, zehn Milliarden Mark für die Familien, sichere Renten. Diese Erfolge der Bundesregierung nützen allen Arbeitnehmern. Funktionäre des DGB und der IG-Metall gefährden diese Erfolge, wenn sie sich als williges Werkzeug für die parteipolitischen Interessen der SPD mißbrauchen lassen.

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

Trauer um Helga Wex

Die Nachricht vom frühen Tode von Helga Wex hat mich tief betroffen. Ich habe jahrelang mit Frau Wex in den Führungsgremien der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zusammengearbeitet und dabei ihre Sachkompetenz, ihre Tat- und Überzeu-



gungskraft und ihre menschliche Ausstrahlung schätzen gelernt.

Mit unablässigem Engagement hat sie sich für die berechtigten Belange der Frau in Staat und Gesellschaft und für die Stärkung der Familie eingesetzt. Die erfolgreiche Arbeit der Christlich Demokratischen Union ist eng mit ihrem Namen und ihrem politischen Wirken verbunden. Sie hat entscheidend zur programmatischen Erneuerung unserer Partei beigetragen und sich als Vorsitzende der Frauenvereinigung unermüdlich für ihre Überzeugungen eingesetzt.

Die Leitsätze, mit denen die CDU im vergangenen Frühjahr auf dem Essener Parteitag neue Maßstäbe für die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft setzte, sind maßgeblich der Beharrlichkeit der Frauenvereinigung und ihrer Vorsitzenden zu verdanken. Auch als Koordinatorin für die deutsch-französische Zusammenarbeit hat sich Helga Wex bleibendes Ansehen erworben.

Die CDU Deutschlands und ich persönlich schulden Helga Wex großen Dank. Unsere Anteilnahme gilt ihren Angehörigen. Helga Wex hat sich um unsere gemeinsame Sache verdient gemacht.

A handwritten signature in black ink, which appears to be 'Helmut Kohl'. The signature is stylized and written in a cursive-like font.

Helmut Kohl

Helmut Kohl: Die Schwerpunkte der deutschen Außenpolitik

Bundeskanzler Kohl gab vor der Bundespressekonferenz am 9. Januar 1986 in Bonn folgende Erklärung ab: Ich möchte Ihnen heute einige Interessenschwerpunkte unserer Außenpolitik im laufenden Jahr erklären. Diese Schwerpunkte beziehen sich auf die West-Ost-Beziehungen einschließlich unserer Deutschlandpolitik sowie auf die Politik der europäischen Einigung, wo vor allem das deutsch-französische Verhältnis eine besondere Rolle spielt.

Unsere Politik gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten bleibt eingebettet in die Gesamtentwicklung der West-Ost-Beziehungen. Sie werden auch 1986 in starkem Maße von den laufenden Verhandlungen zwischen den beiden Weltmächten sowie von dem zweiten Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow beherrscht werden.

Wir werden unsere deutschen Interessen gegenüber beiden Weltmächten auch 1986 zur Geltung bringen. Dabei vertrauen wir weiterhin auf die vertrauensvollen Konsultationen mit unseren amerikanischen Freunden und innerhalb des Bündnisses.

Das zweite Gipfeltreffen wird über das Stadium des Kennenlernens, der persönlichen Vertrauensbildung und des groben Absteckens gemeinsamer Verhandlungsziele hinausgehen müssen.

Die Bundesregierung hält Fortschritte vor allem auf folgenden Gebieten für möglich und notwendig:

- bei einem Interimsabkommen über Mittelstreckenwaffen,
- bei den Verhandlungen über weltweite Abschaffung chemischer Waffen und
- in der Frage eines atomaren Test-

stopps als Teil eines umfassenden Bündels von Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen.

Bei den Mittelstreckenraketen wäre eine Zwischenlösung im Rahmen beiderseitiger und ausgewogener Reduzierungen ein wichtiger Schritt, von dem sich die Bundesregierung auch einen Anstoß für die Frage der Reduzierung der sogenannten Kurzstreckensysteme verspricht.

Hinsichtlich der Ächtung und Abschaffung chemischer Waffen auf weltweiter Grundlage sieht die Bundesregierung gute Möglichkeiten für eine entscheidende Annäherung der Weltmächte.

In der streitigen Kernfrage der Überprüfung eines Verbots chemischer Waffen gibt es konkrete Verständigungsmöglichkeiten. Die Überprüfung muß wirksam und umfassend sein, ohne nichterfüllbare Ansprüche zu stellen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an unsere Vorschläge zur Durchführung der Verifikationsmaßnahmen.

Ich begrüße ausdrücklich den jetzt in Gang gekommenen Dialog zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow zur Frage der Begrenzung und Einstellung von Nukleartests und deren Verifikation.

Sowohl die Bundesregierung als auch die amerikanische Administration haben seit langem ihr grundsätzliches Interesse an einem umfassenden Teststopp bekundet. Bisher bestehende Hindernisse in diesem Bereich könnten in Folge technologischer Fortschritte bei den Verifizierungsmöglichkeiten sowie durch ein von Generalsekretär Gorbatschow angedeutetes Entgegenkommen bei Verifikation vor Ort jetzt überwindbar sein.

Nach meiner Auffassung gibt es jetzt eine Chance für aussichtsreiche Verhandlung-

gen über eine Begrenzung und zukünftige Einstellung von Nukleartests und deren Verifikation.

Ich möchte aber auch eindeutig feststellen, daß ein Teststopp kein Ersatz für substantielle Reduzierungen der vorhandenen Waffenarsenale sein kann.

Ich begrüße, daß Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow sich auf erste Expertenverhandlungen zu dieser Frage geeinigt haben, die im Februar beginnen sollen.

Im multilateralen Bereich werden wir 1986 intensive Anstrengungen zur Fortführung des KSZE-Prozesses unternehmen. Das im April beginnende Expertentreffen über menschliche Kontakte in Bern wird uns Gelegenheit geben, die östliche Seite in unpolemischer Weise auf die mannigfaltigen Probleme hinzuweisen und auf substantielle Fortschritte zu dringen.

Unser besonderes Augenmerk gilt darüber hinaus der KSZE-Folgekonferenz, die im November in Wien beginnen wird. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist ein erfolgreicher Abschluß der Stockholmer Konferenz über Sicherheits- und vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa im Wege eines gemeinsamen Abschlußdokuments. Die jetzt in Stockholm anstehende Redaktionsphase muß beschleunigt durchgeführt werden.

Wir werden uns dabei

- auf die Vereinbarung konkreter und weitreichender sicherheits- und vertrauensbildender Maßnahmen und
 - in Verbindung damit auf eine Bekräftigung des Gewaltverzichts konzentrieren.
- Die MBFR-Verhandlungen in Wien sind durch den westlichen Vorschlag vom Dezember, der auf einer deutsch-britischen Initiative beruht, in Bewegung geraten. Wir erwarten jetzt eine konstruktive östliche Reaktion, damit unser Ziel einer baldigen konkreten Reduzierungsvereinbarung verwirklicht werden kann.

Die Bundesregierung hält nach Genf weitere substantielle Fortschritte in unseren Beziehungen zu allen Staaten des Warschauer Pakts in diesem Jahre für erforderlich und möglich.

Wir erwarten, daß der von sowjetischer Seite immer wieder zitierte „Geist von Genf“ nicht einseitig zur Untermauerung eigener Ansprüche bemüht wird oder selektive Anwendung findet.

Der Dialog zwischen West und Ost muß auf breiter Grundlage zwischen allen Beteiligten und auf allen Gebieten stattfinden.

Für uns ist dabei das deutsch-sowjetische Verhältnis von ausschlaggebender Bedeutung. Trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten sieht die Bundesregierung gemeinsame Interessen mit der Sowjetunion. Der bisherige Besuchsaustausch sowie ein intensiver Informations- und Konsultationsprozeß belegen das Interesse beider Seiten an einem vernünftigen, konstruktiven Miteinander. Die sowjetische Führung hat uns kürzlich darauf hingewiesen, daß Dichte und Intensität des politischen Austausches zwischen unseren beiden Ländern stärker seien als ihr Austausch mit anderen europäischen Staaten.

Wir wollen den Dialog mit allen Warschauer-Pakt-Staaten auf hoher politischer Ebene führen und intensivieren.

Wir sind bereit, die wirtschaftliche Kooperation sowie die Zusammenarbeit auf wichtigen Einzelgebieten auszuweiten, z. B. durch den Abschluß von Umweltschutzvereinbarungen.

Deutschlandpolitik

In der Deutschlandpolitik liegt ein erfolgreiches Jahr 1985 hinter uns.

Auch 1986 bleibt die Deutschlandpolitik ein zentrales Anliegen der Bundesregierung. Wir wollen die Folgen der Teilung Deutschlands mildern und menschliche Erleichterungen über die Trennlinie hinweg erreichen.

Im Reiseverkehr mit der DDR erwarten wir 1986 eine weitere Steigerung, insbesondere bei den Reisen aus der DDR in dringenden Familienangelegenheiten aufgrund der von der DDR angekündigten Verbesserung. Es bleibt unsere Forderung, daß viel mehr jüngere Menschen in den Westen reisen dürfen.

Die Bundesregierung wird ihre Bemühungen im humanitären Bereich bei der Familienzusammenführung und bei der Hilfe für politische Häftlinge im Interesse der betroffenen Menschen wie bisher fortsetzen.

Das mit der DDR ausgehandelte Kulturabkommen soll nach Abschluß unserer internen Zustimmungsverfahren unterzeichnet werden. Wir wollen damit eine Intensivierung des kulturellen Austausches mit der DDR erreichen.

Die Gespräche und Verhandlungen über mehr Zusammenarbeit im Umweltschutz sind auf gutem Wege.

Für 1986 rechnet die Bundesregierung mit einer weiteren Steigerung des innerdeutschen Handels, der im letzten Jahr ein Volumen von über 16 Milliarden DM erreichte.

Europapolitik

Wir haben 1985 in Europa wesentliche Fortschritte gemacht. Wir müssen jetzt darauf drängen, daß die im Weißbuch der Kommission enthaltenen Vorschläge zur Vollendung des Binnenmarktes umgesetzt werden. Die bereits im EWG-Vertrag enthaltenen Grundfreiheiten

— der freie Personen- und Warenverkehr und

— der freie Dienstleistungs und Kapitalverkehr müssen schrittweise hergestellt werden.

Um Europa voranzubringen, müssen vor allem Deutschland und Frankreich zusammenwirken — ohne daß ich damit die Rolle der anderen Partner geringschätzen will. Ich stelle mit Genugtuung fest, daß der französische Staatspräsident in diesen

Tagen den ausgezeichneten Stand der deutsch-französischen Beziehungen hervorgehoben hat. Ich kann dem nur nachdrücklich beipflichten.

Daß wir auf gutem Wege sind, zeigt sich insbesondere in einem Bereich, in dem wir seit Antritt dieser Bundesregierung die Zusammenarbeit systematisch verstärkt haben: der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Bei dieser Zusammenarbeit lassen sich beide Seiten von den gemeinsamen deutsch-französischen Sicherheitsinteressen leiten.

Der französische Präsident und ich stimmen darin überein, daß

■ die Präsenz amerikanischer Streitkräfte und die Nukleargarantie der USA für die Sicherheit Westeuropas unverzichtbar sind.

Frankreich mit seiner Force de frappe nicht die Nukleargarantie für unser Land übernehmen kann.

In der Absicht, den Elysee-Vertrag von 1963 auch im Bereich der Verteidigungspolitik voll auszufüllen, sind Präsident Mitterrand und ich entschlossen, auf vier besonders wichtigen Feldern jetzt die Zusammenarbeit durch entsprechende Vereinbarungen zu konkretisieren:

■ auf der politisch-strategischen Ebene,
■ auf dem Gebiet der operativen Zusammenarbeit unserer Streitkräfte,

■ beim systematischen Ausbau der Kooperation unserer Streitkräfte in der Ausbildung und bei Übungen,

■ bei der Ausbildung von Generalstabsoffizieren, für die eine gemeinsame Einrichtung geschaffen werden soll.

In meinem Gespräch mit Präsident Mitterrand im Dezember 1985 haben wir darüber hinaus vereinbart, daß wir eine gemeinsame Institution ins Leben rufen, die dazu dienen soll, eine laufende Abstimmung in Fragen der Raumfahrt sicherzustellen. Unser Ziel ist es, gemeinsam eine langfristige Strategie in diesem für die Zukunft wichtigen Bereich zu entwickeln.

Städte wollen in diesem Jahr mehr investieren

Städte und Gemeinden werden ihre Investitionen in diesem Jahr gegenüber 1985 um 5,3 v. H. auf 33,5 Milliarden DM erhöhen und damit entscheidend zur Stützung der Baukonjunktur beitragen. Dies kündigte der Präsident des Deutschen Städtetages, der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann in Bonn an. Sorgen machten sich viele Stadtverwaltungen wegen der steigenden Soziallasten. Im vorigen Jahr seien die Sozialleistungen der Kommunen um zehn Prozent gestiegen, für 1986 sei eine Steigerung um acht Prozent zu erwarten.

Nach vier Jahren des Rückgangs hätten die Kommunen schon 1985 ihre Investitionstätigkeit um vier Prozent verstärkt. Jetzt gelte es vor allem, die Ausgaben zur Unterhaltung von Hoch- und Tiefbauten weiter aufzustocken. Die Städte würden damit ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung voll gerecht. Eindringlich warnte Wallmann die Bonner Politiker davor, die Gewerbesteuer abzubauen. Kommunen seien auf das eigene Hebesatzrecht angewiesen. Die Gewerbesteuer sei in den meisten Fällen die Stütze der städtischen Einnahmen.

Riesenhuber will 3000 Forscher neu einstellen

Bundesforschungsminister Riesenhuber will sich bemühen, in den nächsten Jahren 2500 bis 3000 zusätzliche Wissenschaftler in staatlichen Forschungseinrichtungen auf die verschiedenen Bereiche der Informationstechnik zu konzentrieren. Riesenhuber sagte, die gegenwärtigen Kapazitäten von 1700 Wissenschaftlern reichten nicht aus, um den Abstand zu Industrieländern wie USA, Japan und Frankreich auf diesem Gebiet aufzuholen. Die Verstärkung der Grundlagenfor-

schung sei erforderlich, weil die Informationstechnik für die industrielle Zukunft der Bundesrepublik einen Schlüsselcharakter habe. In einem ersten Schritt seien der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) 100 Millionen Mark zur Verstärkung der Grundlagenforschung an den Universitäten zur Verfügung gestellt worden; bisher habe die DFG dafür 35 Millionen Mark ausgegeben. Die Verbesserung der Grundlagenforschung kann aber nach den Worten Riesenhubers nicht vom Staat allein erreicht werden; vielmehr müßten Wissenschaftler mobiler werden und Institute ihre Finanzmittel umschichten.

Lummer fordert Asylrechtsreform

Berlins Innensenator Lummer hat angesichts der 22903 im Jahre 1985 in West-Berlin gestellten Asylanträge abermals „durchgreifende Reformen“ im Asylrecht gefordert. Lummer meinte, wenn sich traditionell liberale Staaten wie die Schweiz, Schweden und Dänemark gezwungen gesehen hätten, ihr Asylrecht und die Durchführungspraktiken drastisch zu verschärfen, dann sei es geboten und gerechtfertigt, daß in vergleichbarer Situation befindliche Staaten wie die Bundesrepublik entsprechende Regelungen schüf-

fen. Die DDR forderte Lummer auf, sich zu einer den internationalen Gepflogenheiten entsprechenden generellen Regelung im Sinne der Absprachen mit Schweden und Dänemark bereit zu finden, wie sie für Asylbewerber aus Sri Lanka seit dem 15. Juli 1985 schon praktiziert werde. Seit diesem Zeitpunkt seien nur 59 Personen aus dem früheren Ceylon über Schönfeld in den Westteil der Stadt eingereist. Mit den fast 23000 gestellten Asylanträgen ist 1985 ein neuer Rekord erreicht worden.

Gemeinsame Erklärung der Vorsitzenden von CDU, CSU und FDP

Die Vorsitzenden von CDU, CSU und FDP, Bundeskanzler Helmut Kohl, Ministerpräsident Franz Josef Strauß und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann gaben in Bonn folgende Erklärung ab: Wir haben uns bei unserem Treffen am 9. Januar 1986 abschließend über Inhalt und verfahrensmäßige Behandlung der sieben Gesetzesvorhaben aus dem Bereich des Datenschutzrechts, des Ausweisrechts und der Sicherheitsgesetze geeinigt.

Diese Einigung sieht wie folgt aus:

Die Parteivorsitzenden empfehlen den Koalitionsfraktionen, das neue Personal- ausweisgesetz, das die notwendige Einführung des fälschungssicheren Personal- ausweises bringt, umgehend zu verabschieden.

Das gleiche gilt für das neue Paßgesetz, so daß der sogenannte Europapaß eingeführt werden kann.

Entsprechend der Empfehlung der Parteivorsitzenden bringen Koalitionsfraktionen und Bundesregierung umgehend parallel folgende Gesetzentwürfe ein:

■ Den Entwurf einer Neuregelung des Bundesdatenschutzgesetzes, mit der die notwendigen Konsequenzen aus dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts gezogen werden;

■ die Neufassung des Bundesverfassungsschutzgesetzes, mit der klare gesetzliche Grundlagen für die Tätigkeit des Verfassungsschutzes geschaffen werden;

■ den Entwurf eines MAD-Gesetzes, mit dem die Arbeit des Militärischen Abschirmdienstes erstmals auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wird;

■ den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes, mit dem insbesondere eine Rechtsgrundlage für das Fahrzeugregister beim Kraftfahrtbundesamt in Flensburg als Teil eines zentralen Verkehrsinformationssystems (ZEVIS) geschaffen wird.

Gleichzeitig wird die Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes über die informationelle Zusammenarbeit der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden von Bund und Ländern in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes (ZAG) im Bundestag einbringen.

Was sich die Parteivorsitzenden am 13. Juni 1985 vorgenommen hatten, ist verwirklicht worden. Die Koalition aus CDU/CSU und FDP hat damit erneut gezeigt, daß sie gerade auch auf dem Gebiet der Innen- und Rechtspolitik handlungsfähig ist.

Dies hat um so mehr Gewicht, als es sich bei der zu bewältigenden Materie zum großen Teil um völliges Neuland gehandelt hat. Angesichts der ungemein komplizierten, aus dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts entstandenen Probleme wäre diese Aufgabe ohne die intensive Vorarbeit der innenpolitischen Fachleute der Koalitionsfraktionen nicht zu bewältigen gewesen. Unterstützt wurden die Politiker durch zwei Arbeitsgruppen von BMI und BMJ.

Inhaltlich entsprechen die von den Parteivorsitzenden beschlossenen gesetzlichen Neuregelungen den folgenden — gleichwertigen — Grundforderungen in ausgewogener Weise:

Sie schaffen keinen „gläsernen Menschen“ — auch nicht im sicherheitsempfindlichen Bereich! Größtmögliche Klar-

heit und Achtung der grundsätzlichen Selbstbestimmung des einzelnen im Datenschutzrecht bestimmen die künftigen gesetzlichen Regelungen. Den Forderungen des Bundesverfassungsgerichts ist entsprochen worden.

Datenschutz „total“ oder „ad absurdum“ — nämlich um den Preis der inneren und äußeren Sicherheit der Bundesrepublik — wird es nicht geben! Die notwendigen Belange der Sicherheitsbehörden bleiben voll gewahrt.

Mit dieser Einigung auf einigen der wichtigsten — und lange Zeit mit am heftigsten umstrittenen — Feldern der Innenpolitik können die Partner der Koalition aus CDU/CSU und FDP zufrieden sein — einmal natürlich von der Sache und vom Inhalt her; zum anderen aber — um es nochmals zu sagen — auch deshalb, weil damit erneut der Beweis für die Einigungswilligkeit und Einigungsfähigkeit der Koalition im schwierigen Bereich der Innenpolitik erbracht worden ist.

Rechtspolitischer Kongreß in Karlsruhe

CDU und CSU führen am 24./25. Januar 1986 gemeinsam in Karlsruhe ihren 4. Rechtspolitischen Kongreß durch. Die Veranstaltung wurde vom „Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen“ (BACDJ) und vom „Arbeitskreis Juristen der CSU“ (AKJ) vorbereitet. Anlässlich der Veröffentlichung des Kongreßprogramms erklären der Vorsitzende des BACDJ, Staatsminister Friedrich Vogel, und der Vorsitzende des AKJ, Staatssekretär Wilhelm Vorndran:

„Recht sichert die Freiheit — Die Menschenwürde als Maßstab der Rechtspolitik“: Unter dieses Leitwort haben CDU und CSU ihren 4. Rechtspolitischen Kongreß gestellt. Die Union achtet jeden Menschen, auch den ungeborenen, als eine einmalige und unverfügbare Person. In der Zeit der Schwangerschaft entsteht nicht menschliches Leben, sondern ist menschliches Leben von Anfang an vorhanden. Das Recht, das die personale

Würde des Menschen schützt, sichert seine Freiheit. Die neuen Entwicklungen in Technik, Biologie und Medizin, vor allem die Gentechnologie, werden das menschliche Leben in noch nicht abschätzbarer Weise beeinflussen. Die Erkenntnisse der Intensivmedizin zwingen dazu, über das Sterben des Menschen nachzudenken. Aber auch Änderungen im Wertebewußtsein veranlassen die Union, den Menschen in seinen verschiedenen Lebensstadien in den Mittelpunkt dieses Rechtspolitischen Kongresses zu rücken.

Das Grundsatzreferat, das der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Roman Herzog, hält, wird zu den drei Beratungsschwerpunkten überleiten. Die Zielkonflikte, die sich bereits jetzt zeigen, und die Fragen, die sich in Zukunft verstärkt stellen werden, können nicht nur aus rechtspolitischer Sicht beantwortet werden. Deshalb wirken auf diesem Kongreß neben Juristen auch anerkannte Persönlichkeiten aus Theologie und Medizin mit.

Gegen den Völkermord in Afghanistan

Die CDU fordert die Sowjetunion auf, die Kampfhandlungen in Afghanistan einzustellen und ihre Besatzungstruppen abzuziehen. Wir fordern die Freilassung der Widerstandskämpfer und die Repatriierung der mehr als fünf Millionen Flüchtlinge, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler zum Jahrestag des Einmarsches in Afghanistan

Die CDU unterstützt die internationalen Bemühungen zur politischen Regelung des Afghanistan-Konfliktes, einschließlich der Bemühungen um eine stufenweise Lösung, die mindestens den schrittweisen Rückzug der sowjetischen Truppen, die Einhaltung der Menschenrechte und die internationale Garantie der Blockfreiheit zum Inhalt haben müßte.

Der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan war das Ende der Entspannungspolitik der siebziger Jahre. Bis heute ist dieser Krieg eine schwere Hypothek für den Neubeginn des Dialogs zwischen Ost und West. Ein Ende dieses Krieges, den nicht Gorbatschow, sondern Breschnew begonnen hat, wäre ein Zeichen der Hoffnung für die Genfer Abrüstungsverhandlungen und den Abbau der Spannungen zwischen Ost und West. Entspannung zwischen Ost und West wird solange gefährdet, wenn nicht sogar unmöglich sein, als in Afghanistan die Rote Armee Städte und Dörfer dem Erdboden gleichmacht. Unser Engagement gegen Menschenrechtsverletzungen richtet sich nach der Schwere des Unrechts und nicht danach, in welchem Lande sie stattfinden. Die Menschenrechte werden in vielen Ländern zum Teil brutal mißachtet und verletzt. Es gibt aber keinen Zweifel, daß die Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan beispiellos sind und einem Völkermord nahekommen.

Heute ist jeder vierte Flüchtling auf der Welt ein Afghane. Zahllose Menschen in Afghanistan irren hungrig und auf der Suche nach Schutz im eigenen Land umher, durch zerstörte Dörfer, vorbei an vernichteten Feldern.

Der Krieg in Afghanistan darf nicht zum vergessenen Krieg werden. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, in ihrem von der CDU geforderten regelmäßigen Bericht über die Menschenrechte auch zu Afghanistan Stellung zu nehmen, und wir fordern den Deutschen Bundestag auf, zu Beginn des neuen Jahres über diesen Bericht zu debattieren.

Eine „makabre Vision“ Egon Bahrs

„Die Demokratie kann auch zugrunde gehen durch die Faulheit und Feigheit der Demokraten, durch hündisches Kriechen vor der Drohkulisse des Kommunismus. Manche wollen heute schon nicht mehr wissen, von welcher Seite die Mauer gebaut worden ist.“ Diesen Schluß zog CDU-Generalsekretär Geißler bei den 16. Bitburger Gesprächen der Gesellschaft für Rechtspolitik.

Die Ursache von Spannungen, sagte er, sei nicht die Existenz von Waffen, sondern die Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur. Geißler verwarf Egon Bahrs Ansicht, daß der Friede ein „oberster Grundwert“ sei: „Eine phantastisch makabre Vision, wenn man sich vorstellt, der Nationalsozialismus hätte mit dieser Begründung sein verbrecherisches Regime ohne Gegenwehr auf der ganzen Welt ausbreiten können.“

Nachfrage weitgehend befriedigt

„Die sich bereits in den Monaten Oktober und November abzeichnende erfreuliche Tendenz eines deutlichen Rückgangs der Zahl der am 30. September noch nicht vermittelten Ausbildungsplatzbewerber hat sich auch im Dezember fortgesetzt. Die Zahl dieser Jugendlichen ging im letzten Quartal des Jahres 1985 von 58 905 um rund 20 000 auf 38 991 zurück“, stellte Dorothee Wilms, Minister für Bildung und Wissenschaft, in Bonn fest.

Bis zum 31. Dezember haben demnach wie im Vorjahr 95 Prozent der 756 000 Lehrstellenbewerber des Jahres 1985 eine Ausbildungsmöglichkeit gefunden. Dabei ist zu bedenken, daß sich die Aufstockung des Benachteiligtenprogramms des Bundes und auch ein Teil der Maßnahmen der Länder erst Anfang 1986 auswirken können. Durch diese Maßnahmen wird sich die Zahl der noch nicht vermittelten Jugendlichen wie in den Vorjahren weiter verringern.

Auch 1985 ist es gelungen, die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen weitgehend zu befriedigen. Die Ausbildungsplatzbilanz des Jahres 1985 hat sich im Vergleich zu 1984 kaum verändert; allerdings sind sowohl die Nachfrage als auch das Angebot geringfügig um jeweils ein Prozent zurückgegangen.

Für 1986 rechnen wir mit rund 740 000 Ausbildungsplatzbewerbern. Die Nachfrage dürfte also erneut etwas sinken, wird aber andererseits immer noch auf einem sehr hohen Niveau bleiben. Dies bedeutet, daß Wirtschaft und Verwaltungen in diesem Jahr in ihren Ausbildungsanstrengungen nicht nachlassen dürfen.

Dabei müssen die Bemühungen verstärkt auf die Lösung der regionalen und strukturellen Probleme gerichtet sein. Hier stehen wir vor einer Umbruchphase in der Berufsbildungspolitik: Bisher ging es vor-

rangig darum, die quantitativen Probleme der außerordentlich hohen Nachfrage der Jugendlichen nach Ausbildungsplätzen zu lösen. Diese Probleme sind in den letzten Jahren aufgrund der großen Anstrengungen der ausbildenden Wirtschaft sowie von Bund und Ländern bewältigt worden.

Nunmehr wird es verstärkt darauf ankommen, bei zunächst geringfügig und dann stärker sinkender Nachfrage eine weitere Auseinanderentwicklung des Ausbildungsstellenmarktes in regionaler und struktureller Hinsicht zu vermeiden und zu erreichen, daß das betriebliche Ausbildungsplatzangebot und die Berufswünsche der Jugendlichen besser zusammenfinden:

Die Betriebe müssen sich in noch stärkerem Maße als bisher auf den Rückgang der Zahl der Hauptschüler und die gleichzeitig wachsende Zahl der Bewerber und Bewerberinnen mit mindestens mittlerem Schulabschluß einstellen. Aufgrund der demographischen Entwicklung ist die Zahl der männlichen Hauptschulabsolventen, die früher — insbesondere im Handwerk — den Hauptanteil der Lehrlinge gestellt haben, immer mehr zurückgegangen; Mädchen mit mittlerer Reife oder Abitur bewerben sich dagegen immer zahlreicher um betriebliche Ausbildungsplätze.

Die Bewerber und Bewerberinnen mit mindestens mittlerem Schulabschluß müssen allerdings hinsichtlich ihrer Ausbildungswünsche flexibler sein; gerade aufgrund ihrer schulischen Vorbildung und ihres Alters kann von ihnen erwartet werden, daß sie diese Notwendigkeit sehen. Sie müssen die vielfältigen Chancen in allen Berufsbereichen einschließlich des Handwerks wahrnehmen und sollten ihre Berufswünsche nicht nur auf Büro und kaufmännische Berufe sowie auf den Dienstleistungsbereich richten.

Steuerliche Erleichterungen für die älteren Mitbürger gefordert

Einen ersten Erfahrungsbericht gab der Seniorenbeauftragte der CDU, MdB Gerhard Braun, in Bonn vor Journalisten. Danach arbeitet die Seniorenunion im Bereich des Landesverbandes Baden-Württemberg bereits in allen Kreisparteien. In Hessen wurde inzwischen ein Landesverband gegründet, während die Gründung eines Landesverbandes Saar kurz bevorsteht. Darüber hinaus gibt es die Seniorenunion bereits in vielen Kreisverbänden der übrigen Landesverbände.

Gerhard Braun erklärte u.a.: Seit meiner Berufung zum Seniorenbeauftragten der CDU Deutschlands habe ich zahlreiche Briefe erhalten, in denen sich die älteren Mitbürger mit ihren Sorgen und Anregungen an mich wenden.

Besondere Bedeutung messe ich der Novellierung des Heimgesetzes zu, das Fragen im Zusammenhang mit Altenheimen, Altenwohnheimen und Pflegeheimen für Volljährige regelt. Der Deutsche Bundestag hat mit im vergangenen Jahr die Bundesregierung aufgefordert, das Heimgesetz der gesellschaftlichen Entwicklung anzupassen. „Dies“, so heißt es in der Entscheidung, „gilt insbesondere hinsichtlich der Mitwirkungsrechte der Heimbewohner“. Eine sozialpolitisch so sensible und wichtige Rechtsmaterie setzt bei einer Neuregelung einen möglichst breiten Konsens aller Beteiligten — den Heimbewohnern, den Wohlfahrtsverbänden und den Gebietskörperschaften — voraus. In diesem Zusammenhang ist auch eine genaue Überprüfung der Vorschriften der Heimbauindestverordnung nötig, insbesondere im Lichte der Fragen, ob durch eine zu starke Regle-

mentierung nicht Kosten unnötig in die Höhe getrieben werden.

Die zum Beginn dieses Jahres in Kraft getretene Steuerreform hat zahlreiche Verbesserungen für die jungen Familien gebracht und trägt damit wichtigen Anliegen Rechnung. Auf der anderen Seite besteht aber Handlungsbedarf für eine seniorenfreundliche Steuerpolitik. Als herausragenden Punkt nenne ich hier die Anhebung des Freibetrages für Haushaltshilfen, die zur Zeit lediglich 1 200 DM im Jahr beträgt. Dieser Betrag ist angesichts der heutigen Personalkosten vollkommen unrealistisch. In vielen Fällen kann durch eine Haushaltshilfe der Gang in das Altenheim vermieden werden. Hier gilt es somit steuerliche Erleichterungen zu schaffen, damit die älteren Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Mit diesem Anliegen habe ich mich bereits in einem Schreiben an den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Friedrich Voss gewandt.

Verkauf von bleifreiem Sprit stark angestiegen

Nach der am Jahresanfang in Kraft getretenen Preissenkung für bleifreies Benzin hat sich der Verkauf bereits verdoppelt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Paul Laufs erklärte, an einigen Tankstellen erreiche dieser Anteil nahezu 40 Prozent des Normalbenzinverkaufs. Dieser Trend werde sich mit der fortschreitenden Umstellung auf Produktion und Vertrieb schadstoffarmer Autos verstärken. Auch die Konzerne bestätigten den Umsatzanstieg.

Grund zur Zuversicht – deutlicher Anstieg der Beschäftigtenzahl

Bei Bekanntgabe der Arbeitsmarktzahlen für Dezember 1985 hat die Opposition versucht, der Bundesregierung eine „Beschäftigungskatastrophe“ in die Schuhe zu schieben und hat von „unanständigem“ Optimismus zur Beschäftigungsentwicklung gesprochen. Dazu erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Wolfgang Vogt:

Es ist unanständig zu verschweigen, daß es im Dezember 1982 bereits 2,223 Millionen Arbeitslose gab. Diese Zahl geht noch voll auf das Konto der früheren, von der SPD geführten, Bundesregierung. Seit 1982 sind mehr als 600 000, insbesondere junge Arbeitnehmer, auf den Arbeitsmarkt gekommen!

Jetzt besteht wieder Grund zu einem realistischen Optimismus. Der Blick auf die monatliche Bestandszahl der Arbeitslosen verstellt den Blick für die Dynamik am Arbeitsmarkt — eine Dynamik zum Besseren:

Die eine Seite der Medaille der Entwicklung am Arbeitsmarkt:

■ Unbestritten ist: Erstmals seit 1980 gab es 1985 wieder einen deutlichen Anstieg der Zahl der Beschäftigten von über 200 000 im Jahresdurchschnitt. Ende dieses Jahres werden mehr als eine halbe Million Menschen mehr Arbeit haben als 1984.

Die andere Seite der Medaille der Entwicklung am Arbeitsmarkt:

■ 1985 haben fast ebensoviel Arbeitslose (3,73 Millionen) die Arbeitslosigkeit beendet wie Menschen arbeitslos wurden (3,75 Millionen). Drei Viertel haben wie-

der einen Arbeitsplatz gefunden. 1984 waren dies zwei Drittel.

■ Von den Arbeitsämtern konnten 1985 1,876 Millionen Arbeitslose in Arbeit vermittelt werden. 122 000 mehr als im Vorjahr, 1982 waren dies 1,395 Millionen Arbeitnehmer und 227 000 weniger als in 1981.

■ Die Kurzarbeit lag 1985 um 40 Prozent unter Vorjahresniveau und um fast zwei Drittel unter dem Niveau des Jahres 1983.

■ Erstmals ist nach der Analyse der Bewegungen am Arbeitsmarkt durch die Bundesanstalt im letzten Jahr die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit bei Abgängern aus der Arbeitslosigkeit leicht zurückgegangen, und zwar von 6,9 Monaten in 1984 auf 6,8 Monate in 1985 (Mai/Juni).

Fazit: Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich — allen Katastrophengeredes zum Trotz — zum Besseren gewendet. Bei deutlich anziehenden Beschäftigtenzahlen, wachsender Kapazitätsauslastung der Unternehmen, Anwendung der jetzt in Kraft getretenen Verbesserungen der Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik und der Ausschöpfung der Möglichkeiten von Vorruhestands- und Beschäftigungsförderungsgesetz, bei vernünftigem Verhalten der Tarifpartner und verstärkter Durchsetzung neuer, geschmeidiger Formen der Arbeitsmarktpolitik rückt ein nachhaltiger Abbau der Arbeitslosigkeit in greifbare Nähe.

Voraussetzung ist allerdings auch, daß die Arbeitgeber noch mehr als bisher auf Überstunden und Sonderschichten verzichten und endlich mehr Arbeitslose einstellen.

Nützliches für die kalten Tage



Bei diesen Temperaturen legen wir Ihnen den CDU-Schal besonders ans Herz bzw. an den Hals. Er ist bei CDU-Veranstaltungen im Herbst oder Winter am ÖA-Stand immer am stärksten nachgefragt. Ob bei der Umweltschutzaktion Ihres CDU-Verbandes oder der Canvassing-Straßenaktion oder auf dem Weg zum Treffen der CDU-Frauen, mit dem schwarz-rot-goldenen Schal haben Sie immer ein wirksames Erkennungszeichen.

Bestellnummer: 9362
Mindestbestellmenge: 5 Exemplare
für 40,50 DM



Ein ideales Kleinwerbemittel im Winter. Man kann es z.B. auch für die Mitgliederwerbung nutzen: Warten Sie einen besonders frostigen Tag ab und legen Sie am Abend bei den Familien, die Sie demnächst für die CDU-Mitgliedschaft gewinnen wollen, einen CDU-Eiskratzer in den Briefkasten. Garantiert wird er morgens dankbar benutzt.

Bestellnummer: 9890
Mindestbestellmenge: 100 Exemplare
für 51,— DM

Bestellungen richten Sie an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Weil wir die Zukunft gestalten wollen...

Besondere Bildungsangebote der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wer die Zukunft gestalten will, muß sachkundig sein. Er muß wissen, was für die jeweiligen Politikbereiche kennzeichnend ist, muß sich in der Diskussion um die besseren Lösungen behaupten können. Das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung geht in seinen Eichholzer Informationstagen auf zentrale Fragen der politischen Auseinandersetzung ein.

Die nächsten Termine und Themen:

- 12. Februar bis 15. Februar 1986
30 Jahre Bundeswehr — 30 Jahre Partner im Bündnis
- 23. März bis 26. März 1986
Mensch und Technik — „Die Technik muß den Menschen dienen“
- 6. April bis 9. April 1986
Mensch und Arbeit in der Sozialen Marktwirtschaft
- 7. Mai bis 10. Mai 1986
Mensch und Umwelt — „Das menschliche Leben mit der Umwelt versöhnen“

Teilnahmebedingungen: Teilnehmerbeitrag 40,— DM; Fahrtkosten werden erstattet (Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn/Eigenbeteiligung 20,— DM); weitere Kosten entstehen nicht.

Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bildungswerk/Schloß Eichholz
Postfach 1331, 5047 Wesseling, Telefon (0 22 36) 7 07-1

UID

2/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.